

Erstein
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Wolfsbuchhandlung
Guttinger-Zürich.
Verfrachtungen
franco gegen franco.
Geldbriefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
wird nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Streuhand)
Fr. 3.— für Deutschland (Courvert)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Courvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Streuhand)
Inserte
Die dreispaltige Zeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Nr. 50.

Donnerstag, 7. Dezember.

1882.

Leitartikel Die Arbeiter und Parteiführer des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezogen, verkauft wird, und die dortigen
Verleger sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu durchbrechen, so ist die Ausgabe des „Sozialdemokrat“ in Oesterreich notwendig und
auf seine Fortschickung beschränkt werden, die Verleger über den nahen Abbruch und Kaufplätze, sowie den Inhalt
der Verbindungen zu klären, und letztere dadurch zu lösen. Hauptverleger ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde in jenen

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschütterliche
Korrespondenz außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch und möglichst unerschütterliche Korrespondenzen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich beiseite gehend
Eigenschaftsbescheinigung. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Rüge noch Rufen scheuen, um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Im Oktober sind eingegangen:
Hannover 100.—, J. Frankfurt 5.—, Br. G. 150.—, Pirna
(E. die Zigarrenfabrik) 15.—, Großenhain 6.—, desgl. (in der August-
Dittung überleben) 6.—, Hohenstein-Ernstthal 5.—, Hamburg 60.—,
Brandenburg 15.—, Erfurt: „Das Banner hoch“ 25.—, Stuttgart 168.50,
Magdeburg 277.—, Kaufbeuren 9.—, W. Brandenburg 12.—, Rons-
dorf 11.—, Ragnitz 8.50, Dresden 12.98, Brandenburg (für Sep-
tember) 8.25, D. i. G. 190.—, G. L. Königsberg 40.—, Apolda 22.70,
Limbach 50.—, Mittweida 10.—.
Ferner gingen seit letzter Quittung ein:
Zürich ??? 20.—, Deutsche Sozial. Winterthur (Fr. 5.—) 4.—,
Deutsche Soz. Genf (Fr. 10.—) 8.—, Genossen Paris (Fr. 6.50) 5.20,
J. H. d. B. Paris (Fr. 10.—) 8.—, Stuttg. Fabrik 5.—, Einige
Roths im Thüringer Wald 6.—, Deutscher Ver. Wyl (Fr. 10.—) 8.—,
Speyer 4.—, desgl. —, 4.—, Freisenheim 2.—, Plauen i. B. 2.20,
Von 3 armen Teufeln in J. (Fr. 2.40) 1.92, Dtschr. Ver. Winterthur
(Fr. 2.10) 1.68, H. Viegen 2.—, F. W. B. Othen (Fr. 1.—) —.80,
Dölan 10.—, Rawitsch 4.—, von Kartenspielern im Café Theatre St. G.
(Fr. 5.10) 4.08, Deutsche Soz. Zürich d. S. (Fr. 30.—) 16.—, Dtsche.
Soz. Zürich (Fr. —.40) —.32, Rother Gaigel bei Dummer 4.20, von
7 armen Schlackern 2.—, F. P. Ayner (Fr. 1.—) —.80, Genossen in
Syracuse (Dtl. 5.15) 20.88, D. S. New York (Dtl. —.50) 2.02, Forst
10.—, Waldemar halbjährl. Beitrag 20.—, Die lustigen Reuen in Gotha
10.—, Rother Kam (Fr. 5.—) 4.—, Verein Bormärts Bannos Kores
(Fr. 122.40) 97.92, Arb.-Bild.-Ver. Glasgow 40.—, D. Ver. Bihur.
(Ertragsbeitrag) (Fr. 15.—) 12.—, E. S. i. E. 5.—, von durstigen Rechten
Ueberrücklassene —.40, W. A. R. in St. G. —.50, B. und L. Paris
(Fr. 10.—) 8.—, F. G. Bafarek (Fr. 4.65) 3.72, von einigen Roths in
Oueda d. Heims (Fr. 12.75) 10.20, Jungferner 3.—, Zürich 20.—,
F. W. Friedrichs Philadelphien (f. d. Opfer d. Soz.-Ges. Fr. 50.64) 40.52,
Hombrecht (H. 1.— und M. 1.—) 2.68, Doris (Fr. 2.—) 1.60, D. D.
Paris (Fr. 4.—) 3.20, J. H. d. 1.70, Königsberg 30.—, U. a. D.
Paris 681 M. 2.— Die alten Lannen 4.20, Polen 7.—, Oshag 15.—,
Mittweida 10.—, Bielefeld 50.—, Osnabrück 17.—, Mainz 12.—,
Reihen 10.50, Quedlinburg 2.50, Erfurt, „Das Banner hoch!“ 25.—,
Darmstadt 5.—, Feiz 3.—, Plauen i. B. 12.80, St. Johann 5.—
Offenbach 90.—, Danzig 30.—, Solingen 65.—, Rendsburg 9.75,
Schwerin 1.25, Sternberg 4.25, Großenhain 3.—, Rochlitz 5.60, Pforz-
heim 4.57, Hannover 18.—, Deutscher Ver. Thür für Fr. 5. (Fr. 8.—)
6.40, desgl. (Fr. 7.—) 5.60, Wrb. Zug (Fr. 1.—) —.80, Zittau 21.80,
Ferench (Fr. 1.70) 1.36. Zusammen: M. 2202.81.
Verrechnung: In Nr. 42 quittierte M. 50.— sind von Crim-
mischauer Parteienossen in Philadelphia, nicht von Parteienossen
aus Cincinnati.

Flugschriften-Fonds.

Deutsche Soz. Genf (Fr. 10.—) M. 8.—, Genossen Paris (Fr. 22.65)
18.12, Deutsche Soz. Bern (Fr. 4.40) 3.52, F. Genf (Fr. —.50) —.40,
Deutsche Soz. Wihur (Fr. —.30) —.24, Deutsche Soz. Paris (Fr. 150.—)
130.—, Manufaktur für R. 4.10. Zusammen: M. 154.38.

Agitationsfonds.

Gen. Paris (Parteibeitr. Juli, August Fr. 6.—) M. 4.80, Spiegel-
berg fr. 3.—, F. W. B. Othen (Fr. 4.—) 3.20, Groitzsch 10.—, J. G.
Othen (Fr. —.50) —.40, K. H. Indianapolis (Doll. 2.—) 8.10, D. S.
Remport (Doll. —.50) 2.03, P. a. a. (Fr. 1.25) 1.—, Rother Weh-
sch 1.—, Kömmlerstraße (Fr. 1.05) —.84, für 7 S. D. Nr. 44 (Fr. —.70)
—.56, Zürich ??? 20.—, Kopenhagen Parteibeiträge (Fr. 3.—) 1. Aug-
Oktob. Fr. 2.—, Rückstand von H. 4.—, von einem besetzten Ultra-
montanen in Crefeld 2.—, vom unverdauten Hasenpfeffer (Fr. 8.27)
6.62, E. P. Zürich (Fr. 5.—) 4.—. Zusammen: M. 71.54.

Allgemeiner Wahlfonds.

Allgem. Arb.-Ver. Zug für die nächste Reichstagswahl in Freiberg i/S.
(Fr. 3.65) 2.92. Zusammen: M. 2.92.

Antheilsfonds-Quittung.

Die heute gingen hier ein:
Zürich M. 100.—, Karlsruhe 40.—, Dr. B.—dt 40.—, Berlin 500.—,
Röln 300.—, Kiel 75.—, Pfalz Fr. 4.—, Badapt 4.—, Königsberg i/Pr.
20.—, Gotha 16.—, Deberan i/S. 8.—, Neumünster i/Schleswig 16.—,
Gaarden bei Kiel 30.—, Darmstadt 20.—, D. S. Comptonsville 8.—,
Hamburg 300.—, Ferencz Wien (Fr. 10.—) 8.—, S. Zug (Fr. 5.—)
4.—, Plauen i/S. 12.—, Breslau 100.—, Forst 40.—.
Zusammen: M. 1645.—.

Christlich-soziale Tugenden und sozialdemo- kratische Wahrheiten.

I. Christlich-soziale Tugenden.
Herr Stöcker, dem es trotz seiner fortgesetzten Bemühungen
noch nicht gelungen ist, und dem es auch nicht gelingen wird, die Ber-
liner Arbeiter in seine christlich-sozialen Netze einzufangen, gab
am 24. November in einer vor seinen Gläubigen gehaltenen
Rede unter anderem Plunfereien folgenden Satz zum Besten:
„Man hat schlauberweise eine Scheidewand aufzurichten
gesucht zwischen Arbeitern und Arbeitgeber. Das sind

wohl Unterschiede, aber keine Gegensätze. Viel größer ist
der Unterschied, der sich zum schroffsten Gegensatz aus-
gebildet hat, zwischen Arbeit und dem spekulativen Kapital.
Von diesem Unterschiede aber haben die jüdischen Sozial-
demokraten Marx und Lassalle den Arbeitern nichts gesagt
— die Männer der Börse waren die Lämmer, die Fabri-
kanten die Wölfe. Heute bricht sich die richtige Erkenntnis
Bahn, daß die Ausbeutung der Arbeit nicht in der Pro-
duktion, sondern vielmehr in der Spekulation beruht. Da
balkt sich der Kampf zusammen, der auf dem Wege der
Gesetzgebung ausgekämpft werden wird.“
(„Reichsbote“ vom 28. November 1882.)

Diese Verdächtigung unserer Vorkämpfer ist, beiläufig gesagt,
nicht original, wie ja überhaupt der Berliner Hofprediger
unfähig ist, einen eigenen Gedanken zu produzieren, aber weil der
Vertreter des „christlichen“ Sozialismus immer und immer
wieder politisches Kapital aus derselben zu schlagen versucht,
so wollen wir dem Ding endlich einmal ein Ende machen und
den Nachweis liefern, wie verlogen in jeder Beziehung
die obigen Sätze sind.

Unverschämte gelogen ist zunächst die Behauptung, daß Marx
und Lassalle den Arbeitern die Männer der Börse als „Lämmer“
dargestellt, ihnen den Gegensatz zwischen Arbeit und Spekulation
verschwiegen hätten. Niemand hat vielmehr den Schächer schärfer
gegeißelt, als diese „jüdischen“ Sozialdemokraten, Herr Hof-
prediger!

Von Marx' Hauptwerk, dem „Kapital“, ist bekanntlich bis
jetzt nur der erste Band, der den Produktionsprozess des Kapitals
behandelt, erschienen, während erst der zweite den Zirkulations-
prozess des Kapitals behandeln wird. Es wäre also gar kein
Wunder, wenn Marx im ersten Bande noch gar nichts von dem
Schmerzkindern des Herrn Stöcker — Börse und Handel —
gesagt hätte. Dennoch finden sich schon in diesem zahlreiche
Stellen, wo Marx seiner heimlichen Sympathie für die Speku-
lantien offen Ausdruck gibt.

„Die Summe der zirkulierenden Werthe“, heißt es da z. B.
auf Seite 147, „kann offenbar durch keinen Wechsel in ihrer
Verteilung vermehrt werden, so wenig wie ein Jude die Masse
der edlen Metalle in einem Lande dadurch vermehrt, daß er
einen Farthing (Heller) aus der Zeit der Königin Anna für
eine Guinea (etwa 21 Mark) verkauft“ — „Man mag sich
also drehen und wenden wie man will, das Ergebnis bleibt
dasselbe, werden Äquivalente (gleiche Werthe) ausgetauscht, so
entsteht kein Mehrwerth und werden Nicht-Äquivalente aus-
getauscht, so entsteht auch kein Mehrwerth. Die Zirkulation
oder der Waarenaustausch schafft keine Werthe“. Gleich darauf
spricht Marx von der „doppelseitigen Ueberschneidung
der tausenden und verlaufenden Waarenproduzenten durch
den sich parasitisch (Sie wissen doch, was Parasiten sind,
Herr Pastor? Für Arbeiter, welche das nicht wissen sollten,
bemerkten wir, daß man so das schwarzenbe Angezierte nennt,
welches auf Pflanzen und Thieren, beziehungsweise Menschen lebt)
zwischen sie schiebenden Kaufmann“ und zitiert Franklins
Auspruch: „Krieg ist Raub, Handel ist Vrellerei“. Und auf
Seite 790 spricht Marx von dem „Sylphant“ (triehenden
Schmaroher) Edm. Burke und dessen Auspruch: „Die Ge-
setze des Handels sind die Gesetze der Natur und folglich die
Gesetze Gottes“, nennt ihn einen ordinären Bourgeois und fügt
hinzu: „Bei der infamen Charakterlosigkeit, die heutzutage herrscht
und bedroht an die „Gesetze des Handels“ glaubt, ist es Pflicht,
wieder und wieder die Burkes zu brandmarken, die sich von
ihren Nachfolgern nur durch eins unterscheiden — Talent!“

Nicht wahr, sehr rücksichtsvoll für die Jobber und Speku-
lantien?
Aber Marx zu lesen, ist nicht Jedermanns Sache, das er-
fordert viel Nachdenken, eine unsern heutigen „Gebildeten“ sehr
wirdige Beschäftigung. Wenden wir uns daher zu Lassalle,
der ja in wirtschaftlichen Dingen Schüler von Marx ist.

Im „Bastiat-Schule“, eine Agitationsbrochure, die in zehn-
tausenden von Exemplaren unter den Arbeitern verbreitet worden
ist, sagt Lassalle auf Seite 184:

„In der That, ein Talent ist der Bourgeois ganz eigen-
thümlich. Es spezialisiert die Spekulationsgale. Dies
spezifische Spekulationsgale löst sich seinem Inhalt nach über-
all auf in die Frage: durch welche Listen reiße ich am besten
den Absatz oder das Einkommen meines Mitproduzenten an mich?
Es ist das aus der freien Konkurrenz hervorgehende Talent,
welches nicht die Steigerung und Vermehrung des gesammten
Produktionsertrages, sondern die Vertheilung desselben, seine
Umschüttung aus den Händen des einen Individuums in die
des andern zur Folge hat. Es ist das Talent der Ueber-
vorthheilung. Hierin steht, der Wahrheit die Ehre, die bür-
gerliche Periode unerreichbar da! Von Jugend an erzogen in
dieser Lebenslust der freien Konkurrenz, ist dieselbe den Herren

Bürgern zu einem angeborenen Elemente geworden. Wie der
Indianer in den Wäldern die Spur des Wildes an Zeichen
gewahrt, welche dem Europäer schlechthin unverständlich sind, so
haben sie einen eigenen Sinn dafür erlangt, jede Ueberschnei-
lungsmöglichkeit auszuspiiren.

„Der Arbeiter ist produktiv, das produktive Talent der
Bourgeoisie theilt er vollkommen. Aber dieses spekulative
Talent derselben hat er allerdings nicht und wird es hof-
fentlich nie bekommen.“

Und Seite 26: „Der Rücken der Arbeiter ist also der selbst-
lose grüne Tisch, auf welchem die Unternehmer und Spekulanten
das Glücksspiel spielen, zu welchem die heutige Produktion ge-
worden ist. Der Rücken der Arbeiter ist der grüne Tisch, auf
welchem sie die Goldhaufen einfassiren, welche ihnen der günstige
Koup der Roulette (ein Glücksspiel. Die Red.) zuwirft, auf welchem
schlagend sie sich für den ungünstigen Wurf mit der Hoffnung
besserer Chancen für nächstens verträufen.“

Der beschränkte Raum unserer Blätter verbietet uns, mehr zu
zitiiren.

Man sieht, daß um obigen Auspruch thun zu können, man
entweder Marx und Lassalle gar nicht gelesen haben darf, oder
aber ein unverschämter Lügner sein muß. Will Herr Stöcker
das Erstere zu seinen Gunsten anführen, so bleibt immer noch
die Unverschämtheit zu bewundern, womit er Männern, deren Werke
er nicht widerlegen kann, um sie zu verdächtigen, ehrenrührige
Dinge nachsagt, für die er absolut keine Beweise hat. Das mag
für einen preussischen Hofprediger nichts Anstößiges haben, bei
uns gottlosen Menschenkindern nennt man so etwas infam.

Indes, Herr Stöcker hat nicht nur ins Waue hinein, er hat
bewußt gelogen. Denn wenn er selbst Lassalle — von Marx
gar nicht zu reden — nicht gelesen hat, so kennt er doch
Schäffle's „Quintessenz des Sozialismus“. Und Schäffle, der
ehemalige Minister und Kollege des feudalen Grafen Hohenwart,
gewiß ein unerschütterlicher Zeuge, fählt sich im zweiten Kapitel
der genannten Brochure zu folgenden Bemerkungen hingerissen:
„Gewiß ist kein stärkeres Atentat auf die Geldaristokratie,
in specie das Judenthum, erfunden worden, als diese Aus-
schließung privater Produktionsmittel und privater Rentenquellen
aus dem Rechtssystem.“

Um so merkwürdiger bleibt es, daß Diejenigen, von welchen diese
Idee am wirksamsten unter die Massen gebracht worden ist, dem
Judenthum angehören; Marx und Lassalle sind von jüdischer
Abstammung.“ — „In der That bliebe mit der Ver-
wirklichung des Sozialismus nichts mehr von den aus der
Spekulation hervorgegangenen Einkommen und der ohne Arbeit
erworbenen Renten bestehen.“

So Schäffle, dem selbst Herr Stöcker nicht wird nachsagen
wollen, daß er verjudet sei oder jüdische Sympathien hege.

Die Verläumdung von Marx und Lassalle ist indes das ge-
ringere Vergehen, dessen sich Herr Stöcker in seinen obigen Aus-
sicherungen schuldig macht, denn diese Männer sind durch ihre
Werke gegen das Geschwätz solcher Nichtswisser gesichert — ist sie
doch nur die Einleitung zu einer viel größeren Schurkerei,
nämlich zum direktesten Arbeiterbetrug. Sie ist nur das Mittel
zum Zweck. Und schon Friedrich I. pflegte zu sagen: „Von allen
Jesuiten sind die protestantischen die schlimmsten.“ Da Herr
Stöcker außer Stande ist, die ökonomischen Lehren eines Marx zu
widerlegen, so nimmt er seine Zuflucht zu der berüchtigten
Gauerkunst, Marx zu verdächtigen, ihm die Infamie
unterzuschreiben, die er selbst zu begehen im Begriff ist. Denn
seine Absicht ist nicht mehr und nicht minder, als die Arbeiter
von dem festen Terrain, auf dem sie heute marschiren, abzu-
lenken auf sumpfiges Gebiet, auf dem sie nie vorwärts kommen
können. Statt die Ausbeutung in der Produktion zu bekämpfen,
sollen sie die Spekulation bekämpfen, diese Frucht der Ausbeutung.
Ja, der edle Pfaffe versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß
„die Ausbeutung der Arbeit nicht in der Produktion, sondern
vielmehr in der Spekulation beruht“.

Demnach werden also die Arbeiter im Rheinland und West-
phalen, in Thüringen und Sachsen, in Bayern und Württem-
berg, in Baden und Hessen nicht von ihren Fabrikanten, sondern
sammli diesen von Spekulanten ausgebeutet. Merkwürdig nur,
daß die Fabrikanten dabei Millionäre werden, während die
Arbeiter bei immer mehr Arbeit immer jämmerlichere Löhne
beziehen!*)

Obwohl die Thatfachen für Jeden, der Augen hat, zu sehen,
mit unverkennbarer Deutlichkeit reden, wollen wir die Verlogen-
heit dieses Ausspruches in einem besonderen Artikel ausführlich
nachweisen.

*) Der mit dem höchsten Einkommen eingeschatzte Mann in Preußen
ist — Herr Krupp in Essen, mit Verlaub eines Fabrikant. Und der
Reichthum des Herrn Krupp ist verhältnißmäßig jungen Datums.

*) Wir zitiiren nach der zweiten Auflage.

Nur hübsch bescheiden.

„Nur hübsch bescheiden!“ „Mit dem Gute in der Hand kommt man durch das ganze Land.“ Wenn die Arbeiter, statt ihren „Verfahren“ zu folgen und in bester Weise vorzugehen, ihren Herren und Meistern hübsch bescheiden mit dem Gute in der Hand kommen, dann kann man sich mit ihnen verständigen, und dann werden sie zehnmal besser fahren, als wenn sie sich wüster Agitation ergeben.“

Also reden und denken die Herren Fabrikanten, welche sich da ganz die famose Maxime Metternichs und der preussischen Reaktionsäre: „Nur nicht drängeln!“ angeeignet haben. Ein Recht haben die Arbeiter nicht, ebensowenig wie die „Untertanen“ der Metternich und Konsorten. Höchstens auf Gnade dürfen sie hoffen, und auf diese nur, wenn sie hübsch bescheiden und demüthig sind.

Die Glauchauer Handwerker, denen der Brodlohn nicht bloß hoch hängt, sondern oft auch leer ist, hörten das schöne Lied von der Bescheidenheit, und obgleich sie dem Recept misstrauten, so wollten sie es doch einmal probiren. Gedacht, gethan. Sie traten zusammen, klagten ihre Noth und schickten einen Wunschzettel an, welchen sie dem Herrn Bürgermeister ihrer Stadt (Martini) vorlegten, mit der Bitte, er möge doch die Vermittlung zwischen ihnen und den gestrenghen Herrn Fabrikanten übernehmen. Man sieht, bescheidener kann man nicht sein. Das begriff auch der Herr Bürgermeister und war so gnädig, seine Vermittlung zu versprechen. Und er hielt Wort.

Dank der bürgermeisterlichen Vermittlung kam Anfang dieses Monats (d. 3.) eine gemeinsame Zusammenkunft von Vertretern der Fabrikanten und der — die Handwerker enthaltenden — Weberinnung zu Stande. Erstere hatten elf, die Weber dreizehn Vertreter — eine ominöse Zahl, aber doch die Majorität. Wie gnädig!

Die Arbeiter hatten auf ihrem Wunschzettel acht Punkte:

1. Erhöhung der Weblöhne um 20 Prozent;
2. Bessere Berechnung der Waarenlänge (damit nicht Maßdifferenzen zum Nachtheil des Webers entstehen können);
3. Einteilung der gezahlten Weblöhne in ein Lieferbuch der Meister;
4. Bessere Anordnung bei Verteilung der Arbeit;
5. Entsprechende Vergütung für größere Vorrichtungsarbeiten!
6. Gewährung einer höheren Vergütung für einzelne Roben etc.
7. Thunlichste Beseitigung des Faktorenwesens.
8. Bitte an die Herren Fabrikanten, welche mechanische Weblöthe besitzen, sie möchten doch die Interessen der Handwerker mehr berücksichtigen.

Das ist der Wunschzettel. Bescheidener und demüthiger hätte er in der That nicht ausfallen können. Nicht einmal die Beseitigung des seit Jahrzehnten so lebhaft bekämpften Faktorenwesens, das in Wirklichkeit ein Faktorenwesen ist, wird schlaunweg verlangt, — nur die thunlichste Beseitigung.

Die beiden Hauptpunkte unter den acht — das zeigt der erste Blick — sind der erste und der siebente. Ueber die Berechtigung des gegen das Faktorenwesen gerichteten „Wunsches“ brauchen wir uns nicht auszusprechen — der Gegenstand ist zur Genüge bekannt. Was die „gewünschte“ Lohnerhöhung um 20 Prozent betrifft, so erscheint dieselbe, wenn man bedenkt, daß die Löhne jetzt zwischen 2 und 3 Thaler die Woche betragen, von einer wunderbaren — Bescheidenheit.

Und nun das Resultat!

In den uns vorliegenden Zeitungsberichten heißt es (man soll nicht sagen, daß wir „überreiben“ oder gar „fälschen“ — wir lassen die Gegner reden):

Nach einer einleitenden kurzen Ansprache des Herrn Vorsitzenden (Bürgermeister Martini) wurde dem Innungs-Obermeister zur Verhandlung des

1. Antrages auf Erhöhung der Weblöhne um 20 Prozent, sowie zur Begründung des Vorgehens der Weberinnung im Allgemeinen das Wort ertheilt. Derselbe schilderte in längerer Rede die traurige Nothlage, in welche die hiesigen Handwerker durch das schon seit mehreren Jahren andauernde Sinken der Weblöhne und den dadurch verursachten Mangel an guten Gehilfen, wodurch selbst bei hohem Beschäftigungsgrade eine Verbesserung der Lage der Weber verhindert werde, gerathen sei; er wies dabei namentlich auch darauf hin, daß die Weberinnung zu den von ihr gestellten Anträgen keineswegs durch irgend welche Anregung zu kommen, sondern lediglich durch aus ihrer Mitte und aus der Mitte der hiesigen Bürgerschaft selbst hervorgegangene Wünsche nach Verbesserung der Lohnverhältnisse der hiesigen Handwerker, unter deren Nothlage ja die ganze Stadtgemeinde mit leide, sowie durch die Erwägungen bewogen worden sei, daß die Handwerker neben der mechanischen Weberei unentbehrlich sei und daher Alles, was nur möglich, gethan werden müsse, um sie auch für die Zukunft durch Heranziehung tüchtiger Gehilfen leistungsfähig zu erhalten und ihre Gebelien zu fördern. Dies sei aber nur möglich durch Gewährung höherer Arbeitslöhne, um welche er im Auftrage der gesammten Innung die Herren Fabrikanten daher dringend ersuche.

Der Vertreter der Letzteren erkannte die geschilderte Nothlage der hiesigen Handwerker an und erklärte, daß wie ja die Erhaltung eines so tüchtigen Handwerkerstandes, wie Glauchau zur Zeit noch besitze, im eigenen Interesse der Fabrikanten selbst liege, diese, so weit sie heute hier vertreten werden können, sondern in dieser, wie in jeder anderen Beziehung, von der oft erdrückenden Konkurrenz abhängig seien, aus diesem Grunde auch eine bestimmte Zustimmung auf sofortige Erhöhung der gegenwärtigen Löhne überhaupt und nach einem gewissen Prozentsatze im Besonderen unmöglich ertheilt werden könne, zumal gewisse Artikel eine Preiserhöhung gar nicht vertragen, eine solche vielmehr nur dazu führen würde, daß diese Artikel hier überhaupt nicht mehr fabricirt werden könnten.

Ingleich erklärte der Vertreter im Hinblick auf den unter Nr. 7 gestellten Antrag, die thunlichste Beseitigung des Faktorenwesens betreffend, da dieser im enghen Zusammenhange mit dem ersten Antrage stehe, daß die hiesigen Fabrikanten der Faktorei nicht entbehren könnten, einmal, weil bei hohem Beschäftigungsgrade die hiesigen Handwerker zur Lieferung aller bestellten Waaren nicht im Stande sein würden, sodann aber, weil manche Waaren von auswärtigen Webern billiger hergestellt werden könnten, als dies hier in Glauchau der Fall sei. Endlich wies derselbe noch darauf hin, daß nach den statistischen Erhebungen in Glauchau nächst Ebersfeld und Berlin stets die höchsten Löhne (?) gezahlt worden seien, und daß bei besserem und rentablerem Geschäftsgange eine angemessene (?) Erhöhung der Löhne von selbst eintreten werde.

In der an die gegebene Erklärung sich anschließenden Debatte bemerkten der Obermeister und mehrere Ausschussmitglieder, daß bei den jetzigen Arbeitslöhnen nach Bezahlung der Auslagen für den Meister sehr oft nur der kärglichste Lohn übrig bleibe, daß ferner, obwohl die Anfertigung vieler Artikel viel komplizirter geworden sei als früher, doch kein höherer, im Gegentheil ein niedrigerer Lohn als früher für dieselben Artikel gezahlt werde, und daß, wenn eine Lohnerhöhung, nach der die Fabrikanten, um das Webergewerbe zu heben, doch streben müßten, nicht eintrete, es schließlich dahin kommen müsse, daß schließlich keine guten Arbeiter mehr gefunden würden. Auch wurde, nachdem man sich die Schwierigkeit einer Lohnaufbesserung in Rücksicht auf die große Konkurrenz nicht verhehlt hatte, und nachdem man darauf hingewiesen, daß doch unweilend von Unterbeamten einzelner Fabrikations-geschäfte für gleiche Waare dem einen Weber ein höherer Stücklohn verwilligt werde, als dem andern, oder als er anscheinend vom Fabrikanten selbst festgestellt worden sei, die Frage aufgeworfen, ob nicht durch eine höhere Realkation, für welche hiernach anschei-

nend doch ein Spielraum gelassen worden sei, einer Verbesserung der Lohnverhältnisse auch schon bei dem gegenwärtigen Geschäftsgange Rechnung getragen werden könne. Dem von anderer Seite erbobenen Einwande, daß hier stets viel bessere Löhne als in anderen Orten gezahlt worden seien, wurde entgegen gehalten, daß viele Glauchauer Weber, die bei geringerem Lohne für auswärtige Fabrikanten arbeiteten, sich dabei doch besser fänden, weil sie von dort aus andauernde Arbeit hätten. Ausdrücklich wurde von mehreren Rednern endlich betont, daß von einem auf die Fabrikanten auszuübenden Zwange zur Lohnerhöhung nicht die Rede sein könne, daß aber, wenn die heutige Verhandlung ganz resultatlos verlief, dies auf die ganze Weberbevölkerung sehr deprimirend einwirken müßte.

Von den Fabrikanten wurde hierauf wiederholt auf die große Konkurrenz, mit welcher sie zu kämpfen hätten, sowie darauf hingewiesen, daß die Lohnverhältnisse nur nach dem Gesetze des Angebotes und der Nachfrage geregelt werden könnten, daß eine Lohnerhöhung nach bestimmten und für alle Artikel gleichen Prozentsatze bei der großen Verschiedenheit der hiesigen Fabrikationsartikel ganz unmöglich sei, daß es von großem Nachtheile für die ganze hiesige Industriebranche sein würde, wenn die Fabrikanten die gar nicht oder nur wenig lohnenden Artikel ganz fallen lassen wollten, und endlich, daß zwar wohl der gute Wille zur Aufbesserung der Lage der Handwerker bei allen anwesenden Fabrikanten, zur Zeit aber noch nicht die Möglichkeit seiner Vornahme vorhanden sei, indessen sobald sich diese Möglichkeit zeige, höhere Löhne gezahlt werden sollten.“

Damit basta!

Die Verhandlungen über die weiteren fünf Punkte bieten geringes Interesse, zumal die Punkte selbst von untergeordneter Bedeutung sind. Je unbedeutender die Punkte, desto „gnädiger“ waren die Herren Fabrikanten, blühten sich aber möglichst vor bindenden Berprechungen, bedangen sich z. B. in Bezug auf den Antrag 5 aus, daß die Anrechnung, der — sehr mühsamen und relativ kostspieligen — Vorrichtungsarbeiten „der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter von Fall zu Fall vorbehalten bleiben müsse.“

Genug, die Hauptforderungen der Arbeiter (durch den Titel „Meister“, den der „gelernte“ Handwerker führt, darf man sich nicht irre machen lassen) sind abgewiesen: die famosen Gesetze der Nachfrage und des Angebotes erlauben keine höheren Lohnsätze. Verhängern die Arbeiter, so thut es den Herren Fabrikanten sehr leid, aber sie können es nicht ändern; an Arbeitern wird's hernach ja auch nicht fehlen, die so lange arbeiten bis sie verhungert sind, und dann so weiter. Bei dem Faktorenwesen hat's auch sein Bewenden. Der müßthätige Fabrikant kann den Faktor nicht entbehren.

Und im Grunde genommen, muß man den Herren Fabrikanten, wenn man sich ansieht den Standpunkt und auf den Standpunkt der heutigen Gesellschaft stellt, vollkommen Recht geben. Die Humanität hat mit der kapitalistischen Produktion nichts zu schaffen. Der Kapitalist kauft die Waare Arbeit, wie jede andere Waare, so billig, als er kann, und Niemand kann ihm zumuthen, daß er einen guten Lohn zahlt, wo er für einen Hungerlohn mehr Arbeiter bekommt, als er braucht.

Und was die Faktoren betrifft, so sind dieselben den Herren Fabrikanten allerdings sehr nützlich, indem sie ihnen die Mühe und Kosten eines Apparats zur Regelung der ab- und eingelieferten Arbeit ersparen. Statt daß er die nöthigen Aufseher und Mittelspersonen bezahlt, läßt er sie vom Arbeiter bezahlen. Das ist — praktisch. — Hier hilft kein Palliativmittel, kein Appell an die Humanität, oder das Mitleid. Die ganze Hansindustrie in ihrer heutigen Form muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Träte an Stelle des kapitalistischen Unternehmens und der Faktorei die Assoziation, so ließe die Hausarbeit sich vielleicht, unter Kontrolle natürlich, erhalten. Allein ohne Kapital würde die Assoziation in der That. Und wer soll das Kapital geben? Nur der Staat vermag dies. Und der heutige Staat gibt es nicht. Diesen zu beseitigen, den Klassenstaat vernichten und an seiner Stelle den sozialistischen Staat aufbauen — das ist der einzige Weg der Rettung.

Die Glauchauer Arbeiter werden nun gemerkt haben, daß mit der Bescheidenheit nicht weit zu kommen ist. Schon Götze hat gesagt: nur Lumpen sind bescheiden. Und das Sprichlein: Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr, enthält zwar schlechte Grammatik, aber eine gute Wahrheit. Es irrt also auch in der verschärften Modifikation: Bescheidenheit ist aller Laster Anfang.

In der Politik gewiß.

Statt mit dem Gute in der Hand demüthig um Gnade zu betteln, haben die Arbeiter ihr Recht zu fordern. Und damit ihre Forderung Nachdruck erlange, haben sie sich zu organisiren und auf dem Weg, welchen die Sozialdemokratie zeigt, zu marschiren. Er führt zum Sieg.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 6. Dezember 1882.

Die deutsche Reichstagskomödie hat wiederum begonnen, und gleich die beiden ersten Sitzungen haben uns den Beweis geliefert, daß unsere Herren Volksvertreter vortreffliche — Komödianten sind. Die langen Sommerferien, welche Bismarck den Herren bewilligte, haben ausgezeichnet gewirkt. Der oppositionelle Hauch, der im Herbstjahre bedeutliche Sprossen trieb, ist total verschwunden. Die preussischen Landtagswahlen haben ihre Wirkung nicht verfehlt, die liberale „Opposition“ befehrt nur ein Gefühl: Juchet vor Auflösung des Reichstages.

Gleich in der ersten Sitzung wurde in dritter Lesung der Antrag des elsässischen Abgeordneten Winterer, der dahin ging, den Mitgliedern des elsässisch-französischen Landesausschusses, welche notorisch der deutschen Sprache nicht mächtig sind, zu gestatten, in den Sitzungen desselben sich der französischen Sprache zu bedienen, abgelehnt, nachdem er in zweiter Lesung angenommen worden war. Ein großer Theil Fortschrittler, natürlich Herr Hänel der „Zukunftsmisner“ voran, aber auch Wärgen Hirsch, Herr Wunzel, der Ebersfelder Schmidt stimmten für die aller Billigkeit hohlsprechende Verwerfung. Man bedenke, daß es in Lothringen allein noch 200,000 Personen gibt, welche nur der französischen Sprache mächtig sind, und daß es sich um den Landesausschuß handelt, dem die Erledigung der lokalen Geschäfte obliegt!

In der Debatte sah sich Herr Treitschke, der Nordpatriot, zu der Bemerkung veranlaßt, daß der Bergleik Deutschlands mit der Schweiz „Gott sei Dank!“ wie die Faust aufs Auge paßt. Das Deutschland des Herrn Treitschke ist da sicherlich nicht das Auge.

Unsere Abgeordneten beteiligten sich nicht an der Debatte, stimmten aber geschlossen für den Antrag Winterer.

Die zweite Sitzung galt hauptsächlich der Interpellation Kaiser-Hänel über die disziplinarische Verfolgung von drei liberalen Danziger Marine-offizieren wegen „angeleglich“ unerlaubter Wahlbeeinflussung. Für das, was sich in dieser Debatte abspielte, ist das Wort Komödie noch zu nichtig sagend, hier ist vielmehr nur dessen deutsche Uebersetzung am Platze: Gaukelspiel.

Die Liberalen werfen der Regierung vor, daß der Oberingenieur Dede auf höhere Befehl die Arbeiter für die Wahl des konservativen Kandidaten zu beeinflussen gesucht habe, und unbestraft geblieben sei, während die ihrer Partei angehörigen Ingenieure den Arbeitern nur „Rath“ ertheilt hätten, und die Regierung behauptet, Dede habe die Arbeiter nur über die Absichten der Regierung „aufgeklärt“ — Regierungskandidat war Herr von Puttkamer, der Bruder (!) des Ministers —

und wenn er seine Ansprache mit den Worten geschlossen habe: „Ihr wißt nun, wen Ihr zu wählen habt“, so sei das doch eine ganz harmlose Bemerkung, welche die Freiheit der Wahl durchaus nicht beeinträchtigt. (Der Oberingenieur sagt das zu den ihm untergeordneten — in der Hitze der Debatte entschließt Herr Bötticher die im Munde des Regierungsvortreters bezeichnende Aeußerung: seinen — Arbeitern, und das soll keine Wahlbeeinflussung sein!) Wenn aber ein Ingenieur, wie behauptet wurde, zu den Arbeitern sagt, „Wählt Nichter, der hat ein warmes Herz für die Marine, wenn Ihr den nicht wählt, so werdet Ihr nicht lange und nicht mehr viel arbeiten, dann sei das im höchsten Grade unzulässig.

Und in diesem Ton bewegt sich die ganze Debatte. Die Liberalen wissen zu gut, wie viel Dred sie selbst am Stecken haben, und beschränken sich daher darauf, in tugendhafter Entrüstung zu machen, was ein sehr unschuldiges Vergnügen ist und auf Puttkamer und Konsorten soviel Eindruck macht, wie das Gebell des Kopses auf den Mond. Die Herren sind alle einig in der Beurtheilung der Wahlbeeinflussung, „wie sie von Fabrikanten gegen ihre Arbeiter geübt wird“, was sie, wie Genosse Kaiser ihnen mit Recht vorwarf, indes nicht hindert, Wahlen, in denen offenkundig solche Beeinflussungen vorgekommen sind, ruhig für gültig zu erklären. Sie hatten ein so gutes Gewissen, daß keiner von ihnen es wagte, eine Resolution, welche dies parteiische Verhalten der Regierung mißbilligt, zu beantragen. Herr Lasker erklärte am Schluß parteiisch: Mir wäre es lieb gewesen, wenn es der Regierung gelungen wäre, sich von dieser Anklage — mit zweierlei Maß zu messen — zu befreien; aber da in der That diese Absicht bei der Regierung nicht vorhanden ist, ist es mir lieb, daß die Kenntniß hiervon vor dem ganzen Lande festgestellt werde. Ich glaube, dieser Zweck der Debatte ist erreicht. Worauf ihm Herr von Bötticher im Auftrage der Regierung antwortete: Was wir uns davor koopen!

Und das werden sich die Arbeiter auch sagen müssen.

Gleichzeitig mit dem Reichstage tagt in Berlin der preussische Landtag. Ist auch eine schöne Gegend. Da sind die Herren hübsch unter sich, und kein sozialdemokratischer Hecht stört den „ordnungsparteiischen“ Korpseisench. Man braucht nur die Verhandlungen der letzten Woche zu lesen, um die „eine reaktionäre Masse“ in ihrer ganzen Glorie kennen zu lernen.

Am Dienstag, den 28. November, ging's über die Bagabundenfrage her. Da hatten die Herren von der Rechten das große Wort. Das Volk verwildere, weil ihm nicht genug Religion eingepaukt werde — als ob es in den christlich-frommen Ländern und zur Zeit, da die Kirche herrschte, keine Bagabunden gegeben hätte! — die Bagabunden werden in den Gefängnissen zu milde behandelt — die ewige Klage der frommen Bekenner der „Religion der Liebe“. Unter großem Beifalle wogelte der Herr von Schorlemer-Alf, der westfälische „Bauernvater“: „Es mag ja für die Feinbühnen der Bagabunden recht zuträglich sein, wenn sie bei ihrer Einbringung gereinigt und gespeist werden, besser wäre ihnen aber zunächst jedenfalls eine ordentliche Tracht Prügel“, worauf er echt christlich gegen die „falsche Humanität“ unserer Zeit zu Felde zog. Und alle nachfolgenden Redner secundirten ihm in dem Satz: Mehr Religion und mehr Prügel! Worauf Herr Puttkamer unter dem Beifall der Rechten mit: Mehr Polizei! antwortete. Die Liberalen schwiegen! Nicht einmal der Volkspartei-Strier hielt es für nöthig, auf diese erbarmlichen Redensarten der Herren von der fatten Moral zu antworten. Der Liberalismus hat gegen diese „Plage unserer Zeit“, daß nämlich Hunderttausende arbeitslos herumlungern müssen, eben nur Phrasen, die seine Ohnmacht bekunden. Was soll er also den Konservativen antworten, die so „praktisch“ sind — was schließlich kommt der Ausdruck: praktisches Christenthum daher — das Elend mit Knäueln todzuschlagen?“

Tage darauf wurde der Antrag, der Polizei das Recht anzusprechen, bis zu 50 Mark Geldbuße und 8 Tagen Haft zu verfügen (bisher durfte sie nur 15 Mark Geldstrafe und 3 Tage Haft verhängen) nach Beschlusse der Liberalen — Opposition wagte Niemand zu machen — an eine Kommission zur Berathung verwiesen. Und am Donnerstag war es sogar ein Liberaler, welcher den Vorwurf aussprach, daß es den Gefangenen zu gut ergehe, eine Redensart, die durch die kolossale Sterblichkeitsziffer in den Gefängnissen in ihrer ganzen Haltlosigkeit charakterisirt wird. Der Vertreter der Regierung mußte dieselbe gegen den liberalertheilten erhobenen Vorwurf zu großer Humanität in Schutz nehmen — welches Zeichen der Zeit!

Am Freitag mußte wiederum der Minister das Geschwätz über die große Sittenverwilderung zurückweisen. Er konstatierte, daß die Sittlichkeitsvergehen bedeutend abgenommen haben. Dagegen bejaumert auch die Zunahme der Reineide, gegen welche er nichts Besseres vorschlagen wußte als „bessere religiöse Erziehung.“ Die Herren sollten sich lieber einmal die Reineidprozesse näher ansehen, wie viel davon auf die „besseren“ Klassen entfallen und wie viel auf fromm erzogene Christen, resp. Juden, es werden ihnen die Augen übergehen über die „heilsamen Wirkungen der Religion“; dann aber rathen wir gewissen Leuten, eumal nachzuforschen, wie es denn in den hohen und höchsten Regionen mit der „Heiligkeit des Eides“ aussieht! Sicherlich nicht besser als mit der Heiligkeit der Ehe! Und die Herren sind doch alle so fromm und gottesfürchtig!

Das wären so einige Proben, wie es in den Gesehungsfabriken in Berlin zugeht. Das Fazit ist: vollständige Katholosität gegenüber der sich mit rapider Schnelligkeit vollziehenden Zersetzung der Gesellschaft. Alle Parteien suchen nach Ausbittelmitteln, keine aber mag es, an die Lösung zu denken, denn die Lösung heißt: soziale Revolution.

Die verkehrte Welt. Um den jungen Juristen Kaufmann und gute Sitte beizubringen, empfahl in der Landtagsitzung vom 1. Dezember Herr Windthorst allen Erstes, sie bei der Kavallerie dienen zu lassen; nach ihm ist „gerade das Dienen bei der Kavallerie sehr wünschenswerth“; die Offizierkorps dort gewähren eine ganz besondere (!) gute gefelle Ausbildung, und für die gefelle Ausbildung unserer Richter und Beamten sollte sehr viel mehr geschehen, damit sie endlich von den Biertrinken fort, aus den Wirtschaften herauskommen. (Rebhoite Zustimmung und Heiterkeit.) Ich will damit nicht sagen, daß man nicht auch bei der Kavallerie viel überflüssiges Bier trinkt (Heiterkeit), aber das Offizierkorps der Kavallerie ist eine besonders gute Schule für die Gesellschaft, und darauf lege ich ungeschwames Gewicht.“

Wie man sieht, handelt es sich hier nur um den gesellschaftlichen Schiffs — Gesellschaft heißt für diese Leute die Sippe der oberen Lehntaufend — und da kann man Herrn Windthorst nur Recht geben. So bornirt arrogant der preussische Kavallerieoffizier auch ist, so hält ihn doch wenigstens der Augenweid gegenüber sein „esprit de corps“ (Corpsgeist) — heiläufig auch ein bornirtes Gefühl, heute aber vielfach das kleinere Uebel — von den Robheiten ab, wie sie unsere Rufensöhne, insbesondere die Theologen und Juristen, zur Schau tragen. Wer das zweifelhafte Glück hatte, mit unserer akademischen Jugend in Berührung zu kommen, wird das bestätigen. Aber ist es nicht wirklich die verkehrte Welt, die Studenten, die „Söhne der hohen Götin der Wissenschaft“, müssen von den Kommisbildern lernen, was sich schick? Freilich sind Jurisprudenz und Theologie, wie sie von der überwiegenen Mehrheit der Studenten heute betrieben werden, nichts weniger als Wissenschaften. Von den drei Universitätsjahren verbummelt der Durchschnittsstudent dieser Fakultäten mindestens zwei, was man ihm nicht einmal verübeln kann, denn bald wird man auch in

*) Erst sechs Tage später fanden der Fortschrittler Dirichlet und der Nationalliberale von Schueren einige Worte der Erwiderung. Viel war es aber auch nicht.

Bezug auf diese von den Universitäten sagen dürfen, was Platen von den Rüstern so treffend sagte:

Jetzt streuen sie aus Dummheit und Verderb, einst streuten sie Wissen und Geist aus.

Wer's nicht glaubt, dem empfehle wir die Vorlesungen des Herrn Professor Boretius in Halle an der Saale.

— „Alle Beweise für das Dasein Gottes, mit der sich eine gutmeinende Philosophie ein Jahrtausend hindurch gebläht hat, sind durch den Scharfsinn Immanuel Kant's als Trugschlüsse entlarvt, und er hat dargethan, daß die Vernunft vergeblich ihre Fingal anspanne, um über die Sinnwelt (d. h. die Welt, die wir mit unseren Sinnen wahrnehmen) durch die bloße Macht der Spekulation (Ertübeln nach dem Ueberfünftlichen) hinauszukommen.“

Wo mag dieser Satz wohl stehen? Nirgends anders als im — „Christlich-sozialen Korrespondenzblatt“, dem offiziellen Organ der drei Kirchlichen Stände, der Kirche und Disziplin, und zwar in einem Artikel: „Wissen und Glaube“ betitelt. In diesem Artikel heißt es an anderer Stelle:

„Jede echte Wissensgewißheit kann jedem Menschen, der im Wahrnehmen und Denken geübt ist, zur zweifellosen Gewißheit gemacht werden durch den Zwang seiner eigenen Wahrnehmungs- und Denkapparate.“

„Zuerst muß jeder Wahrnehmungs- und jeder Denkfakt mit sich selbst übereinstimmen, d. h. sie müssen sich immer als dieselben ergehen, sie müssen wiederholt daraufhin geprüft werden. Eine Wahrnehmung, die nur ein Einzelnem einmal gemacht hat, ein Denkprozeß, den nur ein Mensch einmal durchdacht, kann niemals (1) eine Wissensgewißheit sein. Jede Wahrnehmung und jeder Denkfakt muß aber zweitens auch mit anderen Wissensgewißheiten übereinstimmen, darf ihnen nicht widersprechen, da wir widersprechende Beweise nicht zu fassen im Stande sind. Drittens müssen die einzelnen Beobachter und Denker unter sich übereinstimmen, denn niemals kann eine Sache Wissensgewißheit werden, worüber sich widersprechende Aussagen gemacht werden. Alle Wahrnehmungen und Denkfakte dieser drei Forderungen zu unterziehen und sie von allen Widersprüchen zu befreien, ist Sache der Wissenschaft.“

Welch ein Spaßvogel, werden unsere Leser fragen, hat den frommen Herren denn diese Kufakei in's Netz gelegt? Oder sollten diese selbst über Nacht Freidenker —? Nichts da, weder Kufakei noch Freidenker, die Sache ist vielmehr wohlüberlegt. Alle diese schönen Sätze haben nur den Zweck, den Arbeitern, die dem Pfingstgeschwätz nicht mehr trauen, weil der Widerspruch der biblischen Schöpfungsgeschichte u. an offener Hand liegt, klar zu machen, daß gerade weil man ihnen die Existenz Gottes absolut nicht beweisen kann, sie an dieselbe blind zu glauben haben. Obigen Sätzen zum Trost sollen sie an die Wahrnehmungen glauben, die vor 4 Jahrtausenden irgend ein unwissender Jude gemacht zu haben — glaubte oder behauptete. Ja, sie sollen auch den Evangelien glauben, obwohl diese durchaus nicht mit einander übereinstimmen, denn Glauben und Wissen haben gar nichts miteinander zu tun. Daß aber der Glaube viel mächtiger sich geltend macht als das Wissen, geht schon aus der Thatsache hervor, daß viel mehr Menschen bereitwillig sich für ihren Glauben haben tödten lassen als für ihr Wissen.

Wer da getödtet hat, ob die Männer der Wissenschaft oder die Männer des Glaubens, auf diese Frage läßt sich der Verfasser wohlweislich einzugehen. Ueber diese Seite des religiösen Fanatismus schweigt er sich vielmehr recht „christlich“ demüthig aus. Es ist ein Schlußsatz, der sein Metier versteht. Daß er es aber mit all' seiner „Wissenschaftlichkeit“ fertig bringen werde, die Berliner Arbeiter wieder zu gläubigen Schafen zu machen, das — glaubt er wohl selbst nicht.

— Radai's „Arbeiterfreundlichkeit“ hat sich wieder einmal in ihrem schönsten Lichte gezeigt. Seit längerer Zeit gehen die Berliner Fachvereine mit der Idee um, eine Zeitung zu gründen, welche unabhängig von allen politischen Parteien die Interessen der Arbeiter vertreten solle. Dazu sind natürlich gemeinsame Beratungen der betreffenden Vereine oder mindestens der Vorstände derselben erforderlich. Was thut aber Radai? Er erklärt einen Ullas, in welchem die gewerkschaftlichen Vereine für politische erklärt werden und demgemäß auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes die gemeinschaftliche Berathung der Einzelveine unterzogen wird.

Die notorisch politischen Handwerksmeistervereine dürfen aber unbehelligt mit einander tagen und beraten, da läßt kein Hahn danach. Denn die Handwerker dieser Vereine sind Bismärcker, und die Arbeiter sind — Arbeiter.

Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, den biederem „Reichsboten“ auf seine sorgfältigen Beredungen und Verdächtigungen, insbesondere aber auf seine Fäulereien in der Nummer vom 2. Dezember über die Berliner Gewerkschaftsbewegung gewaltsam zu antworten. Es ist eine in sam e Lüge, daß die Berliner Gewerkschaftsbewegung den sozialdemokratischen Führern ein Dorn im Auge“ sei, nur bestimmt, die Arbeiter gegen die natürlichen Vertreter ihrer Interessen zu verhetzen. Die sozialdemokratischen „Führer“ sind vielmehr sehr damit einverstanden, daß die Berliner Arbeiter sich tüchtig regen, und nicht so beschränkt, daß sie ihnen zumuthen, der Polizei die Handhabe zur Auflösung ihrer Vereine zu liefern. Ebensovienig aber sind sie darüber „besorgt“, welche Stellung derselben die Berliner Arbeiter in politischen Fragen einnehmen werden, und wie „unmöglich“ sie sich in der Bewegung „gemacht“ haben, auf diese seige — weil die Widerlegung eine Denunziation der Gewerkschaften wäre — Unterscheidung werden der „Reichsbote“ und seine Zuträger eher als ihnen lieb sein dürfte, die gehäbrende Antwort erhalten. Das dem Bergalter Erwahl von dieser Seite spendete Lob spricht zwar nicht gerade für denselben, läßt indeß zu deutlich den „frommen Wunsch“, ihn zu lapen, herauszuerkennen, als daß es auf uns irgendwelchen Eindruck machen sollte. Personenfragen sind für die Sozialdemokratie freis untergeordnete gewesen, vor wie nach geht die sozialistische Arbeiterbewegung über die Körner, Finz und sonstige Indasse zur Tagesordnung über.

— Da ist's in Preußen doch schön. Aus London kommt die Nachricht, daß der Minister Kimberley auf Grund Berichtes der Untersuchungskommission den Kolonialsekretär und den Polizeidirektor zu Gibraltar ihres Amtes enthoben und einen erpzen Tadel des Verhaltens des Magistrats und der Polizei von Gibraltar angesprochen hat wegen — man höre! — Auslieferung eines losenher Kubanischer Revolutionäre an die spanische Regierung. (Beiläufig waren die Flüchtlinge nicht direkt ausgeliefert, sondern aus Gibraltar heraustransportirt, und an der Grenze von spanischen Grenzbeamten verhaftet worden.)

In Preußen hätten die betreffenden Beamten Orden und Beförderung erhalten, in England jagt man sie fort! Glückliches — Preußen!

Außerdem hat die englische Regierung von der spanischen die Wiederherausgabe der Flüchtlinge — es waren Revolutionäre gegen die spanische Regierung; — verlangt und auch durchgesetzt. Als sie nicht genug Energie dabei zu entwickeln schien, wurde sie im Parlament durch die Konserbativen — Lord Churchill — gerüffelt.

Nein, da ist's in Preußen doch schön! Nicht wahr, Herr von Radai?

— Ausbeutung. Vor Kurzem brachte das „Leipziger Tageblatt“, der „Gothaer Zeitung“ entnommen, nachstehende Notiz — beiläufig nicht im redaktionellen Theil, der solche Skandalosa gewissenhaft tadelschweigend, sondern im handelpolitischen — „Das sogenannte „Trucksystem“ der Fabrikanten — das Bezahlen der Arbeiter mit Waaren, anstatt mit barem Gelde — scheint im rheinischen Wahlkreise Sonneberg wieder zum

Vorhine gekommen zu sein, wenigstens steht sich der dortige Landrath veranlaßt, auf die eine solche Praxis verbietenden Bestimmungen der Gewerbeordnung zur Nachsicht aufmerksam zu machen.“

Das Verweisen auf die Gewerbeordnung wird wenig nützen. Im Sonneberger Kreise, dessen Zustände in der Sar'schen Schrift: „Die Hausindustrie in Thüringen“ sehr gut gekennzeichnet sind, ist die von Vielen noch nicht in ihrer ganzen Abfchaulichkeit und Verderblichkeit erkannte Hausindustrie allgemein dominirend und hat eine ökonomische Sklaverei der Arbeiter erzeugt, welche durch keine Vorschriften und Verordnungen gemildert werden kann. Ohne eine vollständige Beseitigung der Grundlagen, auf welchen die Hausindustrie beruht, das heißt, ohne daß die Arbeiter aus den Klauen der Privatunternehmer (Großfabrikanten, Kaufleute, Faktoren u. s. w.) gerissen werden, ist an ein Ende dieser grauenvollen Sklaverei nicht zu denken. Man lese bloß das erwähnte Werkchen, das ein photographisches Bild gibt. Die Kapitalhäre ist unerfättlich; um sie unschädlich zu machen, bedarf es wirksamer Mittel als landbrätliche Ermahnungen!

— Aus Leipzig, 30. November, schreibt man uns: „Habemus papam!“ Wir haben einen Polizeidirektor: den Chemnitzer Staatsanwalt Bretschneider, einen Freund und Kollegen des Richters. Das sagt genug. Außer diesem und dem Oberstaatsanwalt Hofmann, der aber in letzter Stunde zurücktrat, weil er glaubt, als Staatssozialist und „Wirtschaftsreformer“ ein besseres Geschäft machen zu können, hatten sich noch zwei Staatsanwälte gemeldet, einer aus Bangen und einer von hier. Dieser Jubrang von Staatsanwälten zum Polizeidienst ist sehr charakteristisch — er beweist, weß Geistes Kinder unsere Herren Staatsanwälte sind.

Also vivat Bretschneider! Und sein Nachfolger gleich auch schon mit!

Der brave Sparig hatte gestern auch hier die Wiederholung seines bekannten Prozeßchens. Die fortschrittliche „Bürgerzeitung“ hatte die Proskriptionsliste abgedruckt und muß dafür 100 Mark Strafe und 100 Mark Schmerzensgelde bezahlen. Es wurde auch die famose Epistel des Ministers Rospiz-Wallwitz verlesen, des Inhalts, daß von Sparig keine Proskriptionsliste eingereicht worden sei. Was wahr ist, aber nicht anerkennend, daß Sparig eine solche Liste angefertigt, öffentlich vorgezeigt, und öffentlich angezündet hat, er werde sie dem Minister des Inneren überreichen. Die Redaktion der „Bürgerzeitung“, gleich der der „Frankfurter“, hatte es verstanden, sich um Beweismaterial an die richtige Schmiede zu wenden. Amüstant war es, daß Sparig das Denunzieren mit fittlicher Entschlossenheit für etwas Christoses erklärte. Das hatte freilich bloß zur Folge, daß ihm ein Brief in's Gedächtniß gerufen wurde, den er vor einigen Jahren an die Braudhaus'sche Buchhandlung geschrieben, um die Entlassung eines als notorischer Sozialdemokrat von ihm denunzierten Schriftstellers zu erwirken. Wegen der Erwähnung dieses Briefes will er die „Bürgerzeitung“ ein zweites Mal verklagen. Wohl bekümmert!

Im hiesigen „Tageblatt“ finde ich folgende Notiz:

„In einer am Sonntag satigefundenen außerordentlichen Versammlung der Weber-Jungung in Glauhan wurde folgender Antrag angenommen: Die Versammlung verpflichtet sich, irgend welche in Glauhan vorkommende, die Gesamtheit schädigende Uebelstände und Vorkommnisse dem Gesamtonschuß wahrheitsgetreu mitzutheilen, damit derselbe in die Lage gesetzt werde, bei den betreffenden Firmen um eine Abstellung derselben einwirken zu können.“ Nachdem gelangte noch nachstehende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung weiß die Bereitwilligkeit des hiesigen Rathkollegiums und des Herrn Bürgermeisters Martin, sowie die für uns werthvolle und korrekte Intervention desselben bei Gelegenheit der Regelung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Herren Fabrikanten und insbesondere die überaus iaktvolle unparteiische Leitung der Verhandlung durch genannten Herrn vollkommen zu würdigen, und beantragt den Vorstand, den Dank der Weber-Jungung mit der Bitte um ferneres Wohlwollen abzustatten.“

Und die armen Teufel, die da ihren Dank demüthig abstatten, sind mit allen ihren Forderungen — was sage ich? Wünschen — abgeblüht! Der fatte Bauch hat über den hungrigen mit Hoßn triumphiert!

Und da bittet man noch „um ferneres Wohlwollen“! Freilich, der Hunger thut weh, und wer ein gutes Beifstak im Magen hat, hat leicht Muth predigen.

— Oesterreich. Aus dem Lande der Korruption und Riedertracht. Unser Bruderorgan, der in Brünn erscheinende, vortreffliche rebigirte „Volksfreund“ schreibt:

„Es ist uns nicht mehr möglich, alle Hausungen und Verhaftungen zu registriren, die im Zeitraum eines jeden halben Monats vor sich gehen, da man thorsächlich oft in Verlegenheit kommt, wo früher anzufangen ist. So viel steht fest, daß, falls wir ein Tageblatt hätten, wir täglich über Dertartige zu berichten in der Lage wären. So wurde z. B. abermals gehausucht in Brünn, Prag, Wien, Gmunden, inhaftirt in Wien, Prag, Lemberg und ausgewiesen in Wien und Mariaschein. Auch zwei Gashausbesitzer in Rosenthal wurden die Konfessionen entzogen, weil gegen dieselben von der Prager Staatsanwaltschaft „die Anklage wegen Geheimbländerei erhoben wird.“

Am 4. Dezember haben in Prag der Prozeß gegen 50 Parteigenossen. Als Verteidiger werden für die deutschen Angeklagten, die Dr. Wlaser und Wolf-Epinger, beide aus Wien, für die slavischen Angeklagten Dr. Stransky aus Brünn fungiren.

In Graz und Innsbruck haben Schanzmachereversammlungen stattgefunden, in denen gegen die habfisse Haltung des anarchischen Schanzmacherschablatte protestirt wurde.

— Italien. Unser in vorlehter Nummer ausgesprochener Wunsch daß der italienische Sozialismus den von ihm gelegentlich seiner jüngsten ersten Theilnahme an den Wahlen erzielten Erfolg, die gelangene Wahl eines energischen sozialistischen Vertreters in das Parlament, ganz und voll ausnütze, geht erfreulicherweise in Erfüllung. Die sozialistischen Wähler des Genossen Cozza haben ihren Vertreter aufgefordert, sich an der albernen Eideskondie nicht zu fassen, sondern im Parlament zu bleiben, um dort ununterbrochen die herrschenden Klassen bekämpfen und die Grundsätze des Sozialismus predigen zu können. Und die Ueberzeugung, daß zur Förderung unserer Sache alle erfolgversprechenden Mittel angewendet seien, daß man heute den Stimmzettel und die Parlamentaristik mit denselben Rechte benützen müsse, wie morgen die Flinte und die Barrikade — diese Ueberzeugung beschränkt sich nicht nur auf die Romagna, sondern gemeint immer allgemeiner die Oberhand unter unsern italienischen Genossen.

Hieron konnte sich u. A. Bolmar bei seiner jüngsten Anwesenheit in Mailand persönlich überzeugen. Die lombardischen Sozialisten haben unsern Genossen mit größter Brüderlichkeit aufgenommen und ihren Sympathien für die deutsche Sozialdemokratie, sowie den Gefühlen der Solidarität bereiten Ausdruck gegeben. Bolmar sprach an zwei Abenden im Versammlungshaus des „Circolo operaio“ (Arbeitervereins), und zwar das erstmal über die Nothwendigkeit einer einheitlichen, wohlgegliederten Arbeiterpartei, wobei er die italienischen Genossen zu den bereits gemachten Ansätzen und den im Wahlkampfe errungenen Erfolgen beglückwünschte. Am zweiten Abend hielt Bolmar auf Verlangen eine Konferenz über die gegenwärtige politische und soziale Lage in Deutschland und die Stellung der Sozialdemokratie zur Entwicklung der Dinge. Die Vorträge unseres Genossen erregten lebhaftes Interesse, das sich u. A. in zahlreichen an Bolmar gerichteten Interpellationen betätigte. Insbesondere besprachen sich die italienischen Genossen mit Bolmar ein-

gehend über ihre Stellung zu der bürgerlich-republikanischen Partei, sowie über Organisationsfragen. Sie erklärten, daß ihre Hauptarbeit jetzt der Bildung einer starken Organisation gelte, und beauftragten Bolmar, den deutschen Sozialdemokraten die Mittheilung des Geßörten sowie ihre Grüße zu übermitteln.

Wir handeln sicher im Sinne aller Genossen, wenn wir die solidarischen Grüße unserer italienischen Brüder herzlich erwidern und ihnen unsere besten Wünsche für die Entwicklung einer kräftigen italienischen Arbeiterpartei senden.

— Amerika. Ueber den Knosfall der jüngsten Kongreß- u. -Wahlen erhalten wir von einem Arbeiter, Genossen Schumann in Cincinnati, einen längeren Brief, in dem es u. A. heißt:

„Es ist hiermit der Beweis geliefert, daß das amerikanische Volk nicht rückwärts geht. Man bedachte nur, daß der unterlegenen Partei das ganze Heer der Angeklagten zur Verfügung stand und sie ihren Einfluß auch rückwärts ausnützte. Die Mitglieder der Administration, selbst der Finanzminister und der Präsident, griffen persönlich in den Wahlkampf ein.“

Das Volk hat am 7. November sein Urtheil über die republikanische Partei gesprochen, die Frage ist jetzt: Was nun?

Das Volk hat noch nicht gesagt, was es wolle, sondern nur, was es nicht wolle, das positive Lösungswort muß erst kommen. Nun geht zwar durch das ganze Land ein dem Kapital feindlicher Zug, aber alle betreffenden Elemente auf ein Programm zu vereinigen, geht nicht so schnell, als Manche glauben.

Da sind z. B. die Antimonopolisten, die gerne die Eisenbahnlinien demüthigen möchten. Aber wie? Das Kerkerste, wozu sie sich verßeigen, ist die Verstaatlichung der Eisenbahnen, von Arbeiterforderungen wollen sie dagegen nichts wissen. In politischen Reformen, z. B. Abschaffung des Präsidentenamtes sind die Arbeiter nicht zu beugen; es ist schon als ein großer Fortschritt zu betrachten, daß auf dem demnächst abzuhaltenden nationalen Gewerkschaftskongreß die Schutzfrage zur Verhandlung kommt. Viel Erfolg verspreche ich mir indeß nicht, doch dürften die letzten verlorenen Streiks die Erkenntniß der Arbeiter soweit gefördert haben, daß im Jahre 1884 eine auf Grund eines Programmes vereinigte große Arbeiterorganisation zu bewerkstelligen sein wird. Nun ist in Massachusetts General Butler auf Grund des demokratischen Tickets (Wahlliste) gewählt worden; Butler ist ein scharfsinniger, energischer Politiker, auch kann man ihm nicht nachsagen, daß er je an einem Schwindel theilhaftig war. Im Kriege war er einer der energichsten Generale. Die Bildlichen hoffen ihn; wer weiß, wie er sich mit ihnen abfinden wird? Sicher ist, daß Butler in der Legislative immer im Interesse der Arbeiter gewirkt hat, und diesen verdankt er auch seine Wahl. Darum ist es auch nicht unmöglich, daß Butler etwa im Jahre 1884, Republikanern und Demokraten zum Trost, als Arbeiterkandidat zur Präsidentenwahl auftreten wird.

Soviel steht fest, die Arbeiterfrage wird jetzt Sache der großen Politik, aber unsere großen Politiker werden den Geist, den sie rufen, nicht wieder zu bannen vermögen. Auch sehen wir am Vorabend einer großen Krise; schon jetzt herrscht Arbeitslosigkeit. Sollte 1884 die demokratische Partei ihren Präsidenten durchsetzen, so wird es sicher der letzte sein, denn sie hat kein Programm und, was noch viel schlimmer ist, ebenfalls sehr viele Kemterjäger. —

Die neue Partei wird das Recht auf Arbeit proklamiren, aber nicht von oben, sondern nach dem Geße der Evolution (Entwicklung), das mögen sich unsere Sozialrevolutionäre merken. Die deutsche Einwanderung von 1870 bis jetzt wird den Sauertrieb dieser Bewegung bilden. Es wird ein Kampf der Ideen, und er wird Männer hervorbringen, würdig der größten Männer von 1860 (die den Sklavenbefreiungskampf kämpften). Uns Sozialisten aber ziemt es, mündlich und schriftlich klares Denken in die Arbeitervereine zu tragen, mit Phrasen ist es da nicht gethan.

Also vorwärts im neuen Jahr!“

Korrespondenzen.

— Eberfeld, Anfang Oktober. Nachdem die Vorführung der Eberfelder Polizeibilder einen so allgemeinen Beifall gefunden haben, wollen wir damit fortfahren und heute einen etwas höher gehaltenen Ordnungswächter beleuchten.

Der Herr Polizeieinspektor Hahne ist ein recht stattlicher Mann, und wenn lediglich ein imposante Figur erforderlich wäre, das ihm übertragene Amt auszufüllen, so würde er sicher die geeignete Person sein; doch gehört zu dem Amte außer dem nöthigen Fleiß und Eifer für die Sache auch wohl etwas Direktions- und Organisationstalent. Aber das geht dem Herrn vollständig ab.

Für den nicht Eingeweihten ist es schwer begreiflich, wie ein solcher Mensch, dessen Schädel so hoch wie eine leere Tonne, und dessen Dummheit nur übertrassen wird von seiner Aeroganz und phantastischen Eitelkeit, ein Amt bekleiden kann, welches von unseren weisen Stadtvätern mit — wenn wir richtig unterrichtet sind — über viertausend Mark dotirt ist. Wer indeß mit der Geschichte Eberfeld's vertraut ist, den nimmt das weniger Wunder.

Der Herr Inspektor hat es beim Militär nur zum Sergenten gebracht, soweit man ja auch mit geringem Gehirn kommen. In richtiger Erkenntniß aber, daß er auf der höchsten Stufe seiner militärischen Laufbahn angelangt sei, heirathete er eine frühere „Freundin“ des Herrn von Diergardt-Biersen und avancirte als glücklicher Ehemann vom Sergenten gleich zum Kommissar. Später kam er durch den Schwager Diergardt's, Herrn von der Heydt, den damaligen Regenten von Eberfeld, hierher, zuerst auch als Kommissar, bald aber wurde er zum Inspektor ernannt. Der Polizeikommissar Grunow, ein sehr tüchtiger, humaner und intelligenter Mann, wurde umgangen und der Mann der „Freundin“ des Herrn von Diergardt trug den Sieg davon. Da wir jetzt wissen, wodurch er sein Amt erhalten hat, wollen wir weiter sehen, wie es mit der Führung desselben aussieht.

Jeden Morgen, etwa um 10 Uhr, kann man den Herrn den Weg von seiner Wohnung zum Rathhause machen sehen, die Nase hoch in die Luft erhoben, so daß man nur einen Stock vor ihn hinlegen braucht, um ihn stolpern zu lassen. Aus meiner Dienstadt weiß ich, daß jeder anständliche höhere Offizier von Weitem abminkt, wenn die Soldaten vor ihm stille stehen und Front machen; doch der ehemalige Sergent läßt die armen Polizisten stehen und sich die „Ehren“ bezugungen erweisen, bis vorübergegangen ist. Eine einmalige Meldung „seiner“ Untergebenen wird mit abgewandtem Gesichte entgegengenommen; keines Blickes werden dieselben gewürdigt. Kein Graß eines Bürgers wird erwidert, sie werden einfach nicht bemerkt.

Bessere Augen aber hat der Herr Inspektor, falls er Lenten von Stand oder vollem Geldbeutel begegnet. Mit einer leichten Reigung des Hauptes und einer Grimasse, die Lächeln bedeuten soll, werden diese begrüßt.

Auf dem Rathhause angelangt, wo die Polizisten meistens über eine Stunde auf den Pascha gewartet haben, beginnt die „schwere Amtspflichtigkeit“ desselben, nämlich das Unterschreiben der von anderen Leuten aufgesetzten Schriftstücke. Auf dem Pulte steht ein großer Spiegel, und wenn Jemand eintritt, kann der Herr gleich sehen, wer der Ankömmling ist. Ist es nur ein gewöhnliches Menschlein, so wird die Unterhaltung derart geführt, daß der Abgehende das gefällige Gesicht des Herrn Inspektors gar nicht einmal zu sehen bekommen hat.

Nach ein- bis anderthalbstündiger Anwesenheit ist der Herr dann von seiner hochgeheiligen Arbeit so erschöpft, daß er schleunigst in seine Kneipe gehen muß; Nachmittags von 1/5-6 Uhr hat er dann eine gleiche Anstrengung auszuhalten. Dieses aufreibende Dasein beschließt Abends ein Gang in die Gesellschaft „Erholung“, wo der ehemalige Sergent im Kreise von höheren Beamten, Doktoren und Mitgliedern der „besseren“ Bürgerklassen sich „angenehm unterhält.“

Alle paar Jahre erscheint hier ein Buch, welches eine Zusammenstellung von Polizei-Vorschriften und -Verordnungen enthält. Eröfndet nun der Herr Inspektor bei allen Rapporten u. d. er abzugeben hat, in stetem Kampfe mit der Grammatik liegt, ist er doch unter die Schriftsteller

gegangen und bezeichnet sich als Herausgeber und Verfasser des Buches, dessen Zusammenstellung etc. natürlich die von der Stadt bezahlten Sekretäre befehlen müssen. Sobald das Buch fertiggestellt ist, müssen die armen Bergleute das Publitum mit Subskriptionsbogen brandschlagen. Ganz für Haus müssen sie laufen, um Abnehmer zu pressen; sie kommen ja doch im Auftrag des Herrn Inspektors, wie sie sagen. Für das Buch, das höchstens ein e Mark herausstellen kostet, werden dem Publitum vier Mark abgepreßt. Das Ding bleibt natürlich, weil es soß wechlos, unangesehen liegen, doch haben unsere Angstmichel solchen Respekt vor der allerdings mächtigen Polizei, daß sie sich scheuen, die Bergleute im Dienst, die im Auftrag des Herrn Inspektors kommen, abzuweisen. Ferner laßt auch die Stadt 70 Exemplare; wozu dieselben dienen sollen, weiß kein Mensch. Die Beamten, die nichts mit Polizeiangelegenheiten zu thun haben, werden schwerlich den Ariadnefaden des Herrn Hahn e benötigen, um sich aus dem Labyrinth der Polizeigesetze herauszufinden, das zu betreten sie nicht nöthig haben.

Doch der Zweck heiligt die Mittel! Das Mittel ist die Preßion des ganzen Polizeiapparates, und der Zweck: die Taschen des Inspektors zu füllen. Dieser wird auch vollständig erreicht, denn es fallen immer einige Tausende dabei ab!

Was in der Stadt vorgeht, davon hat der Herr keine Ahnung. Er betritt keine Straße, kein anderes Quartier als seinen täglichen Weg zum Rathhaus, in's Wirthshaus und in die Gesellschaft „Erdolung.“

Eine ganze Menge der in den letzten Jahren neu angelegten Straßen hat er noch gar nicht betreten, in Folge dessen die Kommissare in ihren Bezirken vollständig Herr und ohne jede Aufsicht sind.

Beweis: Das oben betriebene Kompagnie-Geschäft Frenzel und Kolar.

Zur Abwechslung geht der frühere Sergeant öfters drei Wochen an den Rhein oder nach Westfalen, dem Jagdvergnügen nach. Sonntags sehr behaglich ist ihm meistens in vollem Jagdanzug nach Reuß fahren. Bekanntlich ist nun die Ausübung der Jagd Sonntags verboten, aber da die Gesetze nur bei Sozialdemokraten und anderem Arbeiter-Gesinde streng gehandhabt werden, so darf wohl der Herr Inspektor sich das Vergnügen erlauben.

Die Hüter des Gesetzes haben nur Andere für Uebertretungen zu strafen, für sie selbst erfinden die Gesetze nicht.

Sovie! für brute; für geeignete Forstschung wird, wenn nöthig, Sorge getragen werden.

Neulich fragte uns Jemand, warum denn jetzt gegen die Polizei so vorgegangen werde. Die Antwort ist leicht gegeben: weil wir es müde sind, uns wie Hunde behandeln und hegen zu lassen.

Jeder Polizeimacht — es gibt allerdings auch wenige ehrenwerthe Ausnahmen — glaubt der Ordre von oben folgend, uns beleidigen und belästigen zu können, und das Recht und die Pflicht zu haben, uns geschädigt zu ruinieren. Ist einer unserer Abgeordneten hier, so hat Jeder der bekannten Genossen einen besonderen Schutzwengel, der ihm auf Schritt und Tritt nicht verläßt und sogar in die Wohnungen von Kunden, die sie besuchen wollen, mit eindringt. Gemeine Verbrecher, welche unter Polizeiaufsicht stehen, haben sich dieser Kontrolle erst nach 9 Uhr Abends zu unterziehen.

Hauptächlich ist es darauf abgesehen, uns geschädigt zu ruinieren, und Raucher hat schon schwer darunter leiden müssen. Für das Sozialistengesetz machen wir die Polizei nicht verantwortlich, aber die Ausübung seitens derselben ist eine in'same. Man benutzt alle Mittel, uns zu unüberlegten Streichen zu drängen; das gelingt allerdings nicht, aber zeigen werden wir, daß wir uns zu wehren verstehen. Geht es so weiter, und wird von Oben herab kein Einhalt gethan, so werden wir mit der Veröffentlichung dieser Bilder fortfahren; wir werden nicht bei der Polizei allein, auch nicht bei den Beamten überhaupt stehen bleiben, wir werden eine chronique scandaleuse der hiesigen Klassen der ganzen Stadt veröffentlichen.

Wir haben durch unsere Verbindungen in kaufmännischen und juristischen Kreisen Material seltener genug; zu übertreiben brauchen wir nicht, nur die nackte Wahrheit brauchen wir zu sagen, und diese soll für Manchen ein Spiegel sein, daß ihm davor graut.

Kug' um Auge, Zahn um Zahn. Wenn diese Bande glaubt, simsonhart zu sein, so soll es ihr ergehen, wie dem mythischen Träger dieses Namens, als der Kug' erbtete: „Simson, die Philister über Dir!“

Wir hatten erwartet, daß unser phüsterhaftes Bürgerthum endlich die Gemeinheit der gegen uns und gegen sie gelübten Praxis einsehe, wir haben gehofft, daß unsere sogenannten Liberalen in der Stadterretung endlich ihren Einfluß geltend machen, um das Unrecht zu beseitigen, das an uns geschieht, aber nichts von Alledem! Da wollen wir's auf eigene Faust versuchen, jede Rücksicht soll fallen, und wir wollen sehen, wer am Ende oben bleibt.

Limbach, im November. Die Spigen der hiesigen Gemeinde sind in freudiger Erregung, denn — Limbach wird zu Neujahr mit „allerhöchster“ Genehmigung Stadt. Daher gab's seit einigen Wochen nichts als bengalisches Feuer mit Lamentation — pardon Illumination. Uns kann's nichts schaden, wir gewinnen nur; unsere Gegner liefern uns dadurch nothgedrungen Waffen in die Hände, die wir gehörig ausnützen werden. Hat da der Gemeindevorstand beschlossen, dem Gemeindevorstand Jungquell (der nicht Jura studirt, folglich nicht Bürgermeister werden kann) lebenslänglich die Hälfte seines bisherigen Gehalts, nämlich 1500 Mark jährlich, zu bewilligen, wenn — man höre! — wenn er in Limbach bleibt. Welche theuere Reliquie, welch' theueres Andenken einer früheren Dorfgemeinde! Wenn ein Arbeiter 18 Jahre oder noch länger bei einem Fabrikpasha gedient hat, so bekommt er nicht nur keinen Ruhegehalt, sondern man schämt ihn — nicht ein, sondern aus. Ein solcher Beschluß, wie obiger, weckt das Rechtsgefühl vieler Indifferenten, denn hier handelt sich's um's liebe Geld, und in Geldsachen hört bei sonst gemüthlichen Leuten die Gemüthlichkeit auf.

Vosen, im November. Vor Kurzem stellten die Maurer, welche beim Bau des neuen Postgebäudes beschäftigt sind, die Arbeit ein, um höhere Löhne zu erzielen. Unsere hochwürdige Polizei verhaftete sofort zwei der Arbeiter als „sogenannte“ Räubersführer. Natürlich war es bloß ein Scherzschuß; indes erreichte man leider Alles, was man wollte: die Arbeiter kehrten unter den alten Lohnsätzen wieder zur Arbeit zurück, und die Hallunken, Polizei und Bauunternehmer im Bunde, hatten wieder einmal gesiegt. Nach dem „Siege“ wurden die verhafteten Maurer wieder in Freiheit gesetzt. Das ist die herrliche Koalitionsfreiheit!

Zu einer der hiesigen Zigarrenfabriken stellten die Arbeiter, männliche wie weibliche, die Arbeit ein, weil ihnen der sogenannte „Meister“ mit Forderungen entgegentrat, auf welche es, da gütlicher Ausgleich mißlang, keine Antwort gab als Niederlegung der Arbeit. Welcher Schreck! Das hatte der „humane“ Arbeitgeber nicht erwartet. Wir aber hatten die Freude, daß die weiblichen Koller wie ein Mann zu uns standen, so daß unsere Ansbauer durch das einmüthige Handeln der Arbeiter gezwungen wurden nachzugeben.

Den hiesigen Zigarrenarbeitern sei im Parteiorgan als maßgebender Stelle die Bitte ans Herz gelegt, sich ihre traurige Lage vor Augen zu stellen und mit den Fabrikanten, welche die Löhne allmählich so heruntergedrückt, daß sie zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel sind, ein ernstes Wort zu reden. Gehen wir Fabrikantenweise vor, und wir werden siegen. Ihr habt das Beispiel ja gehabt. Agitiert unter den Arbeiterinnen. Ohne Kampf kein Sieg!

Natibor, 20. November. Unsere Feinde sind während darüber, daß wir hier in Oberschlesien, in der Hochburg der heiligen Dreieinigkeit: Adel, Pflanz und Kapital, Breche geschossen haben und uns trotz aller Gewalt nicht daraus vertreiben lassen, sondern uns immer fester setzen und die Streiter sich mehren.

Seit Inkrafttreten des Sozialistengesetzes sind die Hausdurchsuchungen hier wie in den umliegenden Bezirken auf der Tagesordnung, so daß wir alle Tage davon geschäft sind. Das Resultat war in keinem Falle zu einer Anklage geeignet.

Auch an Lomischen Episoden fehlt es nicht. So wurden Schulze und Polizei in dem Boroer Drog von der Staatsanwaltschaft zu einer Hausdurchsuchung bei einem dortigen Genossen aufgefordert, mit der Weisung, „Alles Geschriebene und Gedruckte mit Beschlag zu legen, aber nichts davon zu lesen“. Sie rafften daher „Alles Geschriebene und Gedruckte“, die Gheberrichter der Eltern des Genossen, zusammen und ließen sie zur Staatsanwaltschaft wandern, welche den Genossen nach acht Tagen benachrichtigte, er dürfe sich keine Sachen abholen.

Wir wollen mit Polizei und Staatsanwaltschaft gewiß nicht rechten, wenn dieselben nach den bestehenden Gesetzen einen aus unseren Reihen

wegen politischen Vergehens auf die Anklagebank bringen. Es ist ihr trauriges Amt oder gar „Pflucht!“ Auch denjenigen Richtern, welche einen Genossen verurtheilen, wo die Beweise seines Vergehens klar dastehen, wollen wir keinen Vorwurf machen. Diejenigen Richter aber, welche einen Genossen verurtheilen auf mangelhafte Beweise oder bloße Vermuthungen, nur weil derselbe Sozialdemokrat ist, solche Richter sind notorische Schurken. Und von der Sorte, wie die Leipziger Reichsgerichtsschurken, haben wir hier fünf Exemplare.

Im Monat Mai wurde Genosse Klaps wegen Vergehens gegen § 131 und wegen Verbreitung des „Sozialdemokrat“ unter Anklage gestellt. Den § 131 sollte er durch Wahlflugblattvertheilung während der letzten Reichstagswahlperiode übertreten, den „Sozialdemokrat“ einem Anderen zum Lesen gegeben haben.

Die Denunziation ging nicht einmal von der hiesigen Polizei aus, sondern kam von einem Rhybniker Genodarm. Derselben hatte ein im vorigen Winter hier arbeitender Konbitor, Namens Scholz, ein Fragebogen von einer Nummer des „Sozialdemokrat“ mit der Frage gezeigt, ob dieses eine verbotene Schrift sei. Sofort drang der Beamte auf ihn ein, wo er die Schrift her habe, und der Kerl erklärte, aus Angst oder Bosheit, er habe dieselbe vom Sattlermeister Klaps erhalten. Später stellte sich heraus, daß Scholz die Angabe nur gemacht hatte, um sich zu retten, da bei ihm in Rhybnik eine Hausdurchsuchung stattgefunden hatte und er auch wegen Majestätsbeleidigung angeklagt war.

Die Denunziation der übrigen gegen Andere behauptete, er kenne den Klaps nicht ganz genau, machte vor dem Untersuchungsrichter die eibliche Anklage: er habe das Blatt von Klaps in einer Restauration bekommen, desselbe in die Tasche gesteckt und erst nach zwei Monaten hervorgezogen und gelesen, habe aber nicht gewußt, daß der „Sozialdemokrat“ ein verbotenes Blatt sei. Im Verhandlungstermin, am 17. Oktober, waren nebst Scholz noch zwei Jengen geladen. Der Eine erklärte, von K. etwas Gedrucktes erhalten zu haben, habe aber dasselbe nicht gelesen, sondern als Makulatur verwendet. Der Andere erklärte: er habe den „Sozialdemokrat“ vom Jengen Scholz zum Lesen erhalten.

Scholz sagt jetzt aus: Die Zeitung habe er zwei Tage nach Empfang von Klaps aus der Tasche gezogen. Das Wahlflugblatt habe er auch von Klaps erhalten. Klaps schlägt zur sofortigen Vernehmung einen Jengen vor, dem Scholz gesagt hatte, er kenne den Klaps nicht genau. Die Vernehmung des Entlastungszeugen wird von den Biedermännern des Gerichtshofes als „unmaßgeblich“ abgelehnt: „weil ein Gespräch im Gasthause keine Bedeutung habe.“

Klapp wurde, trotz der glänzenden Vertheidigung des Rechtsanwält Jäger „wegen Verbreitung verbotener Druckschriften“ zu drei Monaten Gefängnis und in die Kosten verurtheilt, dagegen von der Verletzung des § 131 freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte für beide Fälle zwei Monate beantragt. Klaps hat die Revision angemeldet, da die Verhandlung nach dem Erkenntnis ganz auf den Kopf gestellt ist, und so grobe Formfehler vorliegen, daß eine Verweisung an die erste Instanz zur nochmaligen Verhandlung unzweifelhaft ist; aber ich beschränke in seinem Schaden, daß es in Opepen oder Gleimitz ebenfalls derartige „Ehrenmänner“ geben wird. Das Urtheil wider Klaps motiviren diese Rechtschergen damit, daß Klaps den Sozialismus in Oberschlesien eingeschleppt habe und der Einzige sei, welcher öffentlich für denselben agitire. Fehlgelassen, ihr Rameinten! Ede Klaps hier war, haben schon Andere agitirt und agitiren unter euren Rosen mit Erfolg weiter; und die Verurtheilung des Klaps soll uns noch mehr dazu anspornen.

(Schluß folgt.)

Rufruf.

Im Auftrage der hiesigen Parteigenossen habe ich Ihnen die traurige Kunde von dem Tode eines treuen, unerschrockenen Mitstreiters für unsere Sache zu melden. Es ist unser Freund, der Gastwirth Karl Mergel, dessen Verlust wir Alle beklagen. Mergel war zwar nicht in weiteren Kreisen bekannt, aber alle, die ihn kannten, wissen, daß uns in ihm ein treuer Freund und braver Genosse triffen ist. In der Attentatsperiode, wo jede Nummer der „hallschen freien Presse“ einen Redakteur kostete, mußte auch er drei Monate hinter Schloß und Riegel zubringen. Nach diesem wirkte er im Stillen weiter und warb Freunde für unsere Partei, wo er nur konnte. Er starb am 17. November im 38. Lebensjahre und hinterläßt eine Frau und vier unermöglichte Kinder; das jüngste ist kaum etwas über ein Jahr alt. Mergel hatte so recht uns Dasein zu kämpfen, was ihm kein ohnedies gedrechlicher Körper noch besonders erschwerte.

Sonntag, den 19. November, erfolgte die Beerdigung. Es hatten sich hundert mit rothen Blumen geschmückte Genossen eingefunden, dem Dahingegangenen war ein Lorbeerkranz mit rother Schleife gewidmet. Lustig flatterte diese in dem uns entgegenbrausenden Schneesturm, vom großen Kerger der den Leichenzug begleitenden Spindel. Auf dem Friedhof angekommen, hatten wir das Vergnügen, noch zwei weitere Staatsretter zu sehen, darunter auch das heimlichste, geradezu vogelgeschundenähnliche Gesicht des Kriminalkommissars Groffe, welcher mit seiner höhnlich lächelnden Miene sich jeden Theilnehmer genau ansah. Ruhig wie wir gekommen, verließen wir auch wieder den Ort des Todes.

Unser „Courier“ berichtet über das Begräbniß mit der Einleitung: „Die Sozialdemokraten fühlen sich wieder“. Gewissen Leuten allerdings nicht angenehm. Ihr Charakterisirung der hiesigen königlichen Beamten diene folgendes Jatum: Als der Genosse Mergel zur L. Klinik schickte und um ärztliche Hülfe bat, wurde von dem dienstkundenden Portier geantwortet: „Wie sich der Mergel, da er doch ein von Kaiser und Reich etwas gehalten hätte und auch wegen Majestätsbeleidigung gefesselt hätte (benanntlich nicht wahr. Mergel sah wegen eines geringfügigen Preßvergehens), erdreissen könne, jetzt in der L. Klinik Hülfe zu suchen.“ Es erschien zwar ein Arzt, aber nur einmal, und ohne zu sagen, es ist das erste und letzte Mal, ging er fort und kam nicht wieder. Da Mergel doch nicht vom Steuerzettel entbunden war, denn beim Steuererheben wird nicht gefragt, was der Betreffende von der Wirtschaft im Reich hält, hatte er auch das gleiche Recht, die L. Klinik in Anspruch zu nehmen, wie jeder andere Staatsbürger, denn nicht der Kaiser zahlt die Kosten für dieselbe, sondern das Volk.

Halle, 20. November 1882.

Mit Gruß! St.

Flüchtige Parteigenossen

werden uns immer wieder ohne entsprechende Legitimation bekannter Vertrauensleute zugewiesen.

Wir wiederholen, daß wir fortan jede Verantwortung ablehnen, wenn Betroffene von uns Mangel gehöriger Recognition abgemiesen werden müssen.

Arbeitslose Parteigenossen

arbeitend an uns nach der Schweiz zu weisen, ist unter demnigen Verhältnissen hier unverantwortlich, wo wir Noth haben die Flüchtigen unterzubringen und das Kleinhandwerk und Fabrikarbeit gleichmäßig von einheimischen Arbeitenden ablaufen lassen.

Ohne geordnete Heimathsheine in's Ausland, ist hier längerer Aufenthalt kaum möglich. Man sehe sich also rechtzeitig vor für alle Fälle.

Bairisch.

Die Vertrauensleute.

Warnung

Die Genossen von Halle a. S. warnen vor dem Korlschneider Gustav Riedel, gebürtig aus Raschab bei Schwarzenberg in Sachsen. Derselbe stellt sich seinen Arbeitskollegen als Parteigenosse vor und denunziert sie später beim Chej. Augenblicklich soll er sich in Dresden aufhalten.

Also Vorsicht!

Das wahre Sprichwort.

„Noth bricht Eisen!“ — Falsches Sprichwort!
Schwächlich macht die Noth;
Ja, sie biegt sich, und sie bückt sich,
Und sie krümmt sich dem Gebot.

Darum gleichfalls ist ein falsches
Sprichwort: „Noth kennt kein Gebot!“
Dem Gebot gehorcht der Schwache,
Schwächlich aber macht die Noth.

Rein! Die Kraft soll sich verbinden —
Und die Wangen flammen roth,
Wenn das wahre Wort erschallet:
„Eisen, Eisen bricht die Noth!“

Briefkasten

der Redaktion: L. in Paris: Ihren Bericht dankend empfangen nach dem bereits in voriger Nummer gemachten Andeutungen sind Sie wohl einverstanden, daß wir von der vollständigen Veröffentlichung desselben Abstand nehmen. Den wesentlichen Inhalt werden wir in der nächsten Nummer wiederholen. — Dresden, Plagwitz, Ulm, Oberhesseln: Korrespondenzen eingetroffen.

der Expedition: A. H. Brühl: Sendg. wie stets Donnerstag Abend abgg. P. R. u. Fr. 9. — a. Cto. Abonn. erh. — M. P. Dsch. Verein Genf: Fr. 10. — f. 100 P.-Marken erh. u. R. ausgefolgt. — C. Schum. Cincinnati: Fr. 100. — erh. „Kapital“ von Marx beim Berleger vergriffen. Neuausgabe soll kommen. Weiteres besorgt. — Michel Stieber: Adr. geordnet. Bülbg. fort. „Sozialpolit. Blätter“ v. H. nicht zu haben. — Georg: Bf. v. 26/11 u. 1/12 hier. Abänderung auf Laufendes war unmöglich. — Schatz: Bf. v. 1. am 4/12 beantw. — J. r: Erwähnung von Schweizer-Adressen u. Vertrauensleuten, sowie vom „Schiffen“ soll in dem Prozeß Ihres Freundes als „Beweis für geheime Verbindung“ angeschlagen werden? Da thut einem ordentlich die Noth weh, ob dem „Juristen“ oder dem „Dreieck“ der Orden gebührt. — Otto: Bf. v. 28/11 erh. Bestllg. angenehm. Baarpreis berichtigt. Gruß! — Jerezy: Bf. v. 6. — pr. 2 Kathole u. Spitzbrock. x. erh. — T. Stigl.: M. — 70 Portofußschlag pr. 4. Da. erh. — Heinrich: M. 5. — u. Bf. 7. — nebst Begründ. a. Cto. pr. Ufs. ausgebr. — Schorj: M. 250. — a. Cto. u. Bf. v. 4/12 eingetroffen. — J. H.: Bf. vom 4. dies erh. Weiteres erwartet. — J. r: Kun wie heißt's? — F. Jouscher R. Port: Fr. 151,90 a. Cto. erh. — E. J. M. B. C. M. 3. — Ab. 4. Da. erh. Wenden Sie sich an den Betreff. selbst nach Berlin. — Kother Paulus: Fr. 10,65 a. Cto. v. Luzern erh. am 3/12. — F. Sgl. Zug: Fr. 21,10 f. Antheil, Scht. x. erh. Fr. 5. — an R. f. V. Marken ausgefolgt. B. d. Nchm. n. noch Nichts hier. — Wrbq. Zug: Fr. 1. — d. Ufs. d. d. zugew. — C. P. H.: M. 3. — Ab. Da. 82. Jan. u. Febr. 83 erh. — P. Schj. Kopfg. M. 2,80 Ab. bis Ende Febr. 83 f. S. B. erh. — Kother Soigtänder: M. 31,60 a. Cto. Ab. 4. Da. x. g. gebr. Die Andern erwartend. Bravo, angeschalten! — Mich. Bf.: Fr. 2. — Ab. 4. Da. erh. — E. — d. — e: Fr. —, 70 f. Scht. erh. — B. IV. u. Co.: M. 150. — a. Cto. Ab. erh. Bf. erwartet. — F. Bloch: Der Babylonier wird deutlicher werden. „Leib. f. d. Volk“ auch 2 Dgg. ? Borrath erschöpft. Antwort gleich, damit bestellbar. Weiteres siehe Fdbattg. — Strbg. H. a. S.: M. 29,45 pr. Ab. 3. u. 4. Da. u. Scht. gebucht. Früheres langst quittirt. Weiteres besorgt. Bülbg. u. Bf. folgen. — Grachus F.: M. 150. — pr. Ab. Abonn. 3. Da. u. Scht. erh. — E. Sch. Lüge: Fr. 14,75 a. Cto. Ab. erh. Bülbg. abgg. Fehendes später. Adr. geordnet. — J. Hpl. Thur: Fr. 15. — f. Fr. B. u. Ufs. d. d. erh. — H. Rad. London: Fr. 50,40 a. Cto. Ab. 4. Da. erh. In M. i. E. nur indirekte Verbbg. — T. Lüge: Fr. 12. — Ab. Rod. u. Bf. erh. u. besorgt. Bezugsquelle für „Bsp.“ leider nicht zu entdecken. — Secturum: M. 2. — Ab. Rod. u. Bf. erh. Gruß an H. erwiedert. — Lübed: M. 15,60 f. Antheil erh. Dtg. in Spezialbe. später. — E. E. Brooklyn: Aus diesem Grunde haben wir vor d. alten Schnapphahn rechtzeitig gewarnt. Leider ungehört. Sdg. an H. nunmehr nach Vorschr.

Neu erschienen und durch uns zu beziehen:

Die deutsche Geheimpolizei im Kampfe mit der Sozialdemokratie.

Aktenstücke und Enthüllungen

auf Grund authentischen Materials zusammengestellt.

Buchhändlerpreis: 1 Fr. = 80 Bfge.

Arbeiterpreis: 50 Cts. = 40 Bfge.

Franco für Rabatt, nur gegen Baarvorauszahlung.

Bei Einzelbezug nach Deutschland 10 Pf. Portofußschlag beizulegen.

Auf größere Posten entsprechender Rabatt.

Verfaßt auf Befehl der Empfänger, ohne gebundene Lieferzeit.

Weiteres für Deutschland bekannt.

Expedition des „Sozialdemokrat“ Volksbuchhandlung

Halle, Jülich.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. Januar 1883 beginnt ein neues Quartalabonnement auf den „Sozialdemokrat“.

Wir erlauben unsere Genossen und Freunde für die Gewinnung neuer Abonnenten unabhingig thätig zu sein. Weder das Abonnement auf den „Sozialdemokrat“ noch das Erscheinen desselben ist in Deutschland strafbar, sondern lediglich die direkte Verbreitung.

Es ist deshalb Pflicht wie Interesse jedes Parteigenossen, auch eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ zu wirken. Da der „Sozialdemokrat“ in Deutschland bekanntlich auf Grund des Ausnahmsgesetzes verboten ist, so muß die Verbreitung selbstverständlich mit größter Vorsicht geschehen; letztere angemeßen, ist die Sache übrigens durchaus ungesetzlich und leicht anßführbar. Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gesetzlich erlaubt.

Das „Sozialdemokrat“ wurde vom letzten Parteitag geordnet einmüthig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.

Der vorauszahlbare Abonnementpreis des „Sozialdem.“ beträgt vierf. für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (12 Fr.), wofür das Blatt wöchentlich als vertheilbarer Brief versandt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2 Fr. 50 Cts. (unter Band). Dieser Preis kann indessen, namentlich in Deutschland, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn ein neuzähliger Empfänger abgehen gewillt ist, werden ihm die Kosten der Briefe, wenn fernere die gebührende Vergütung an die abgeminten Genossen vorzüglich geschieht; dann ist die Gefahr der Einziehung beim Gesamtbezug weit geringer wie bei den Briefbezug.

Wir zu 16 Exemplaren können in Doppelbrief übermiltelt werden; bei größeren Bestellungen ist die Zulassung in Paket vorzuziehen. Bei Bezug von zehn Exemplaren an in der Regel der Quartal an M. 1. 80. franko ins Haus geschickt, und ist der Betrag monatlich mit 60 Pf. im Voraus einzulösen. Gemüthliche Sendungen werden gut bezahlt, nicht in der Schweiz, sondern in Deutschland ausgegeben.

Bestellungen aller Art werden hier sehr angenommen; größter Beitrag in Papiergeld mittels eingetribenen Brief oder Post-Einzahlung.

Da nicht unbedeutende Kosten durch ungenügendes frankieren entstehen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einfache Briefe (bis 15 Gramm) nach der Schweiz 20 Bfge., resp. 10 Kreuzer 3. B. kosten, bei schwereren Briefen je 15 Gramm weitere 20 Bfge., resp. 10 Kreuzer.

Man wende sich bei Einzelbestellungen an die Expedition, Döttingen-Jülich, bei gemäßigtem Abonnement und um Aufschüsse an die bekannten Agenten in Deutschland, aber an die Unterschriften durch Vermittlung in der Schweiz oder sonst im Ausland lebender Freunde.

Monatliche Vorauszahlung des Abonnementpreises an unsere Vertrauensmänner und Filialverwalter ist unerlässlich!

Parteiorgan! Sammel Buch an eure Fäher und benütze die euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rühlig und thut eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Schweizerische Genossenschaftsdruckerei Döttingen-Jülich.